

INHALT

Vorwort zur deutschen Ausgabe: Genealogie der Gegenwart	9
--	---

Einleitung: Einander ausschließende Optionen	21
---	----

TEIL I

Ernte und Sturm, 1989–92

1. Zwei Abende in Dresden	42
2. Zum Teufel damit	68
3. Überschreitung der Grenzlinie	105
4. Vergessen und Chance	140

TEIL II

Aufklaren, 1993–94

5. Die Quadratur des Dreiecks	184
6. Aufstieg und Fall	219

TEIL III

Frost, 1995–99

7. Eine schreckliche Verantwortung	254
8. Die Umriss der Zukunft	278

Schluss: Die neue Zeit	317
------------------------------	-----

Anhang

Anmerkung zu Namen und Orten	339
Abkürzungen	340
Anmerkungen	343
Quellen- und Literaturverzeichnis	371
Register	384
Karten	392

*In Erinnerung an
Dagmar und Ernst Richter*

ἔννους τὰ καινὰ τοῖς πάλαι τεκμαίρεται

«ein besonnener Mann prüft das Neue mit Hilfe des Alten»

Sophokles, *König Ödipus*, Zl. 916

Vorwort zur deutschen Ausgabe: Genealogie der Gegenwart

Lange vor Beginn seiner Invasion der Ukraine 2022 war klar geworden, dass Russlands Präsident Wladimir Putin die Anwendung von physischer und virtueller Gewalt aus den geringsten Gründen genoss – auch zur «Feier» von Jubiläen und seines Geburtstags. Die Menschenrechtsaktivistin und Journalisten Anna Politkowskaja wurde auf dem Heimweg vom Einkaufen am 7. Oktober 2006 aus kurzer Entfernung niedergeschossen – an Putins Geburtstag. Die Verbreitung von gestohlenen Emails aus dem Präsidentschaftswahlkampf von Hillary Clinton fand am 7. Oktober 2016 statt – ebenfalls an Putins Geburtstag. Die Cyberattacken zur Unterstützung von Donald Trump im US-Wahlkampf geschahen 2016 – 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Es ist unklar, aber auch nebensächlich, ob Putin diese Handlungen selbst anordnete oder nur seinen Untergebenen zu erkennen gab, er wünsche zu wichtigen Terminen reale und virtuelle Angriffe als Ehrung. Und seine Beteiligung an der jüngsten dieser gewaltsamen «Feiern» war unbestreitbar. Kurz vor seinem 70. Geburtstag versuchte Putin sich 2022 selbst mehr als 100 000 Quadratkilometer der Ukraine zu schenken. Bei einer Massenveranstaltung auf dem Roten Platz in Moskau verkündete er die Annexion ukrainischer Gebiete, die das russische Militär nicht einmal kontrollierte.

Dieses Verhaltensmuster hat viele große und kleine Auswirkungen gehabt. Zu letzteren gehört mein Entschluss, die englische Version dieses Buches Ende 2021 zu veröffentlichen. Bis dahin hatte ich einen Großteil der vergangenen zwei Jahrzehnte damit verbracht, um die Freigabe von Dokumenten zur Geschichte der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland zu kämpfen. Nach vielen Jahren frustrierender Ablehnungen trugen meine Anstrengungen, Zugang zu diesem Material zu bekommen, Früchte – vor allem 2018, als meine Berufung dazu führte, fast alle Protokolle der

Treffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin freizugeben.

Während der Stapel freigegebener Dokumente auf meinem Schreibtisch und meinem Computer wuchs, fragte ich mich, wann ich die Ergebnisse meiner Forschung veröffentlichen sollte. Ich erkannte, dass Putin angesichts seiner Gewohnheit, wichtige Jahrestage durch Gewalt zu begehen, das Jahr 2021–22, 30 Jahre nach dem sowjetischen Zusammenbruch und seinen chaotischen Auswirkungen, wohl nicht unbeachtet vorübergehen lassen würde.

Besonders verabscheute Putin die Trennung der Ukraine von der Sowjetunion nach einer Volksabstimmung am 1. Dezember 1991. Obwohl ich nicht ahnte, dass er so weit gehen würde, Kyiv in drei Tagen erobern zu wollen, war ich überzeugt, es werde irgendwelche von Moskau inspirierten gewalttätigen Aktionen um die Zeit dieser 30. Jahrestage geben. Ich verpflichtete mich deshalb, mein Buch im Dezember 2021 in den USA und im Februar 2022 in England erscheinen zu lassen.

Ich schloss das Manuskript im Sommer 2021 ab. Während das Buch aber seinen langsamen Weg zur Veröffentlichung nahm, versuchte ich eine schnellere Art zu finden, um Alarm zu schlagen. Ich schickte einen Artikel mit dem Titel «Todbringender Jahrestag einer Scheidung» an diverse Zeitungsredakteure. Er beleuchtete, wie Putin sowohl vom Untergang der Sowjetunion als auch von der ukrainischen Befreiung von der Kontrolle Moskaus besessen war. Der Artikel endete folgendermaßen: Putin «handelt wie ein Mann, der drei Jahrzehnte nach einer bitteren Trennung noch nicht losgelassen hat und sich zurückholen will, was er für sein rechtmäßiges Eigentum hält. Putin will sein Imperium zurück.»

Mein Versuch, Alarm zu schlagen, schlug fehl. Alle Redakteure lehnten einen Kommentar ab, der ihnen übermäßig pessimistisch vorkam. Schließlich war ich der Ablehnungen müde und schickte ihn niemandem mehr. Neben diesem Scheitern gab es aber auch einen Lichtblick. Der Verlag C.H.Beck glaubte an das Buch und erwarb die deutschen Rechte.

Dann kam der Schrecken des 24. Februar 2022. Meine Bewunderung für die ukrainische Reaktion auf die unsäglichen russischen Handlungen an jenem Tag und seitdem ist grenzenlos. Die Ukrainer und ihr Präsident Wolodymyr Selenskyj haben erstaunlichen Mut und Widerstandsfähigkeit angesichts einer großen Übermacht gezeigt.

Die wichtigsten Folgen dieser tragischen Ereignisse erlebten die Ukrai-

ner. Zu den weniger wichtigen Folgen des 24. Februar 2022 gehörte das plötzliche Überquellen meines Emailkontos mit Nachrichten von Redakteuren, die meinen Artikel nun doch drucken wollten. Seitdem habe ich eine gewaltige Zahl von Anfragen nach Kommentaren erhalten.

Weil C.H.Beck schon früh an dieses Buch glaubte, werde ich dem Verlag und meinem Lektor Dr. Detlef Felken stets dankbar sein. Ich bin Beck noch aus drei anderen Gründen dankbar: zunächst für die Chance, ein Buch in Deutschland zu veröffentlichen, wo ich zu verschiedenen Zeiten insgesamt über vier Jahre gelebt habe. Mein wichtigster Aufenthalt war als Austauschstudentin im damaligen West-Berlin 1989.

Zweitens bin ich dankbar für die Bereitschaft des Verlags, den Text des Buches weitgehend beizubehalten, abgesehen von einigen Kürzungen vor allem im Anmerkungsteil. Die deutsche Ausgabe ist also die gekürzte, aber nicht neu geschriebene Version des Buches, das zum 30. Jahrestag des Endes der Sowjetunion erschien.

Ich habe weitergehende Änderungen im Text vermieden, weil sein Wert gerade daher rührt, dass er nicht in großer Eile nach dem Februar 2022 geschrieben wurde. Diese Studie ist vielmehr das Resultat vieler Jahre historischer Forschung. Ich habe dafür Hunderte von Interviews geführt und wertvolle authentische Primärquellen in verschiedenen Sprachen in den Archiven mehrerer Länder konsultiert. Das Ergebnis ist eine «Genealogie der Gegenwart». Da ein Verständnis der Gegenwart aus dem Erkennen der Vergangenheit erwächst, wie es das sophokleische Motto ausdrückt, hilft uns dieses Buch detailliert und differenziert zu verstehen, wie wir in unsere heutige Lage geraten sind.

Am wichtigsten in diesem Buch sind daher nicht meine Stärken oder Schwächen als Autorin – die die Leser selbst bewerten werden –, sondern die dabei verfolgte Methode. Diese Studie zeigt nach meiner Auffassung den enormen Wert historischer Methodik als Weg zur Deutung der heutigen Welt. Anders gesagt, dieses Buch ist ein Beispiel dafür, wie historische Methoden uns helfen, den Ursprung gegenwärtiger Krisen zu bestimmen. Sie zeigt, dass eine detaillierte, genaue historische Erzählung zwar nicht exakt die Zukunft vorhersagen, aber auf große Veränderungen am Horizont hindeuten kann.

Eine solche Erzählung kann uns in die Lage versetzen, uns auf ein Spektrum wahrscheinlicher Ausgänge vorzubereiten – auch tragischer und ge-

waltsamer. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Text macht klar, in welchem Maße die NATO-Erweiterung der 1990er Jahre die Ukraine im Stich ließ. Diese Entwicklung in Kombination mit Putins Entscheidung Anfang des 21. Jahrhunderts, die üble Praxis der Veränderung europäischer Grenzen durch Gewalt wiederaufzunehmen, machte jeden Staat und jede internationale Organisation verletzlich, die ein weitergehendes Interesse an der Ukraine hatten. Wie die hier vorgestellten Belege zeigen, war diese Verletzlichkeit führenden Politikern in den 1990er Jahren bereits ganz klar, doch tragischerweise wurde diese Erkenntnis nicht in politische Maßnahmen übersetzt, die die gegenwärtige Katastrophe womöglich abgemildert hätten.

Wenn der Wert dieses Texts darin besteht, dass er vor dem Konflikt erschien, so besteht der Wert dieses Vorworts darin, dass es mir Gelegenheit gibt, die Bedeutung meiner Erkenntnisse nach der Invasion vom Februar 2022 anzusprechen. Tatsächlich ist der dritte Grund für meinen Dank an C.H.Beck die Möglichkeit, der deutschen Ausgabe trotz beschränktem Raums diesen neuen Abschnitt hinzufügen zu können. Obwohl es noch zu früh ist, um die ganze Tragweite der Tragödie von 2022 zu ermessen, erlaubt mir dieses neue Vorwort, dem Buch eine Art Ouvertüre zu geben, die die Hauptargumente zusammenfasst und ihre Bedeutung im Licht der Invasion bewertet.

Einen Großteil meiner Zeit seit der Invasion vom Februar 2022 habe ich damit verbracht, eine solche Zusammenfassung und Bewertung in zahllosen Besprechungs- und Konferenzräumen in verschiedenen Zeitzonen zu geben. Manche dieser Räume waren online bei Teams und Zoom, andere waren große, überfüllte Vortragssäle, wieder andere kleine, abhörsichere, vor russischen Ohren hoffentlich geschützte Regierungsbüros. Sicherlich waren meine Erfahrungen in diesen Räumen viel unwichtiger als die der Ukrainer. Ihr nicht erlahmender Mut angesichts unaussprechlicher Gewalt hat meine ganze Bewunderung. Doch diese pausenlosen Besprechungen und Vorträge haben mein Leben seit Beginn der Invasion auf ihre Art surreal gemacht.

Plötzlich will anscheinend jeder einen präzisen Bericht über die Geschichte der Auflösung der Sowjetunion nach 1989 und den Beginn der

NATO-Erweiterung, um die es in diesem Buch geht, hören, weil Putin genau diese Ereignisse weiterhin instrumentalisiert, um seine Gewalt zu rechtfertigen. Die Orte, die ich besuche, wechseln mit schwindelerregendem Tempo, aber die Fragen bleiben meist dieselben: Was sagen die Dokumente über die Geschichte der 1990er Jahre, die Putin nun als Waffe einzusetzen versucht? Obwohl meine detaillierten Antworten und die Belege in den folgenden Kapiteln stehen, lohnt es sich, hier kurz die Antworten zusammenzufassen, die ich Regierungsbeamten, Offizieren, Studenten, Zuhörern meiner öffentlichen Vorträge und anderen gebe.

Die Idee, es werde keine Erweiterung der NATO nach dem Kalten Krieg geben (d. h. das Konzept einer Bremse für die Bewegung der NATO nach Osten nach dem Mauerfall), entstand als Gedankenspiel während der diplomatischen Kontakte, die 1990 zur deutschen Wiedervereinigung führten. Die Belege zeigen – im Gegensatz zu späteren Behauptungen des letzten sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow –, dass US-Außenminister James Baker und sein bundesdeutscher Kollege Hans-Dietrich Genscher das spekulative Konzept einer potenziellen Nichterweiterung miteinander und mit einer Reihe hoher Politiker einschließlich Gorbatschow diskutierten. Im Februar 1990 legte Bakers Chef und langjähriger Freund, Präsident George H. W. Bush, seinem Minister aber nah, mit solchen Erörterungen aufzuhören. Bush hielt die hypothetische Idee eines Versprechens, das eine künftige Bewegung der NATO nach Osten blockierte, für unnötig und unklug.

Baker gehorchte und informierte das Auswärtige Amt in Bonn, man solle Formulierungen dieser Art fallenlassen. Trotzdem hielt Genscher die Idee am Leben. Er deutete weiterhin an, die NATO werde entweder die Erweiterung stoppen oder in einer größeren Organisation «aufgehen». Diplomaten der unteren Ebenen – häufig, aber nicht nur aus der Bundesrepublik – wiederholten Genschers Gedanken in ihren Kontakten mit sowjetischen Kollegen. Manche taten es anscheinend in der irrtümlichen Überzeugung, dies sei immer noch offizielle Politik, andere anscheinend als Hilfsmittel in den Verhandlungen, doch in beiden Fällen war diese Ansicht nicht mehr die ihrer Regierungschefs.

Genschers Hartnäckigkeit führte zu einer Reihe interner Zusammenstöße, sowohl zwischen ihm und Kanzler Kohl – der von Bush überzeugt worden war, ein Versprechen der Nichterweiterung sei unerwünscht – und

zwischen der Bundesrepublik und ihren Verbündeten. Hart auf hart kam es im September 1990 in Moskau, als die Formulierung des Abschlussvertrags zur deutschen Einheit immer noch nicht feststand, während bereits die Politiker zur Unterzeichnungszeremonie eintrafen.

Vertreter Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, die vor dem 12. September 1990 ununterbrochen in Moskau konferierten, bestanden darauf, der Abschlussvertrag müsse drei Ziele erreichen: 1) der NATO explizit erlauben, die Sicherheitsgarantie von Artikel 5 auf Ostdeutschland auszudehnen, also über die Grenzlinie des Kalten Kriegs hinaus; 2) es deutschen und nichtdeutschen Truppen erlauben, diese Linie ebenfalls zu überschreiten, sobald die Rote Armee abgezogen war; und 3) beide Ziele ohne das explizite Verbot einer künftigen Bewegung nach Osten erreichen.

Genscher meinte, der Westen fordere angesichts des zwischen Ost und West ausgebrochenen Friedens zuviel. Er glaubte, diese Forderungen gefährdeten in letzter Minute die Vereinigung seines Landes, und verschwand wiederholt zu kurzfristig anberaumten Gesprächen mit seinen sowjetischen Kollegen. Seine westlichen Verbündeten mussten auf ihn warten, fragten sich, auf welcher Seite er stehe und was er für die Wiedervereinigung anbieten werde, da seine Heimatstadt in Ostdeutschland lag.

Erst durch eine dramatische Episode mitten in der Nacht, als Genscher in Bakers Hotel stürmte und darauf bestand, die Mitarbeiter des Außenministers sollten ihn wecken, beendete den Stillstand. Die beiden kamen überein, den Vertrag durch eine «vereinbarte Protokollnotiz» zu ergänzen. Sie legte fest, dass ausländische (d. h. nichtdeutsche) NATO-Truppen die frühere innerdeutsche Grenzlinie überschreiten durften, sofern dies nicht eine Verlegung genannt wurde. Was als solche definiert wurde, sollte bei der Regierung des vereinten Deutschlands liegen.

Alle Seiten stimmten dieser Formulierung zu. Der Vertreter Moskaus unterzeichnete den Vertrag, und die Sowjetunion ratifizierte ihn. Die sowjetische Führung kassierte auch die damit verbundene finanzielle Unterstützung, die während der Verhandlungen für ihre Unterschrift und die Ratifizierung zugesagt worden war. Doch obwohl die Sache damit abgeschlossen schien, belastete die Erinnerung an die früheren spekulativen Äußerungen über eine Nichterweiterung die Beziehungen des Westens zu Russland für den Rest der 1990er Jahre (und darüber hinaus).

Die unerwartete Auflösung der Sowjetunion am 25. Dezember 1991 und die atemberaubend schnelle Entstehung zahlreicher Nachfolgestaaten erzeugte neue Unsicherheiten. Inmitten dieser Debatte stimmten die NATO-Mitgliedsländer und Russland (als Nachfolger der UdSSR) in einem Schlüsselpunkt überein: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 bezog sich nur auf Deutschland. Das Problem lag darin, dass sie nicht einig waren, was dies bedeutete.

Die NATO-Verbündeten waren der Auffassung, dass der Vertrag eine Erweiterung auf Länder östlich von Deutschland *erlaube*, weil er den Präzedenzfall gesetzt habe, Sicherheitsgarantie und ausländische Truppen über die Grenzlinie des Kalten Krieges vorzuschieben. Außerdem war der Vertrag, der die weitere Vergrößerung nicht ausschloss, von Moskau unterschrieben und ratifiziert worden. Russland dagegen war der Auffassung, der Vertrag *verbiete* die Erweiterung östlich von Deutschland, und zwar wegen zwei Faktoren. Der eine waren die spekulativen Äußerungen über ein solches Verbot während der Verhandlungen Anfang 1990, der andere die Sätze im Vertrag, die ausdrücklich eine begrenzte Aktivität der Allianz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erlaubten, wobei die Implikation war, dass solche Sätze für andere Länder fehlten.

Es folgten viele Runden kontroverser Gespräche, um den russischen Widerstand gegen die NATO-Erweiterung in Mittel- und Osteuropa abzumildern. Das Ergebnis war die NATO-Russland-Grundakte von 1997. Durch dieses Abkommen versuchte der Westen die russischen Bedenken so weit zu beschwichtigen, dass die Erweiterung weitergehen konnte, ohne den gegenseitigen Beziehungen weiteren Schaden zuzufügen. Auch dieses Dokument wurde aber zum Zankapfel, als Jelzin der Grundakte Befugnisse zuschrieb, die sie nicht besaß.

Gleich nach der Unterzeichnung verkündete er, die Grundakte verbiete es der NATO, irgendwelche militärische Infrastruktur des früheren Warschauer Pakts in Mittel- und Osteuropa zu benutzen. Das stimmte nicht. Doch diese neue Kontroverse, zusammen mit Spannungen wegen des Eingreifens der Allianz im Kosovo 1999 – was von der Mehrheit der Russen aller Gesellschaftsschichten abgelehnt wurde –, untergrub das westliche Verhältnis zu Russland weiter. Erbitterung über diese anhaltende Kontroverse höhnte auch Jelzins Verhältnis zu US-Präsident Bill Clinton aus. Es hatte mit schulterklopfender Bonhomie begonnen, war aber zum Zeitpunkt

von Jelzins plötzlichem Rücktritt am 31. Dezember 1999, als er Putin zum amtierenden Präsidenten machte, schon in alkoholbefeuerte Animosität abgesunken.

Bei seiner Amtsübernahme begann Putin nicht gleich mit der Kritik dieser vergangenen Ereignisse, aber so wie das Ausmaß der Gewalt zunahm, die er im Lauf seiner zwei Jahrzehnte an der Macht einzusetzen bereit war, wuchs auch der Nutzen dieser Ereignisse, um die Gewalt zu rechtfertigen. Beschwerden über die NATO spielten in seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, seiner Rede zur Annexion der Krim 2014 und seinen Äußerungen 2021 vor der Invasion der Ukraine eine Rolle.

Im Dezember 2021 versuchte Putin sogar, bestimmte Konflikte aus der Geschichte der NATO-Erweiterung der 1990er Jahre neu auszukämpfen, doch diesmal mit Russland als Sieger. Er ließ zwei «Vertragsentwürfe» – eigentlich Ultimaten – an die US-Regierung und an die NATO schicken, die im Kern besagten: Unterschreibt oder ich greife die Ukraine an. Im «Vertrag», der am 17. Dezember 2021 an die NATO ging, bestand Putin ausdrücklich darauf, die Truppen der Allianz müssten auf ihre Standorte vom 27. Mai 1997 zurückkehren. Damit meinte er ihre Standorte am Tag der Unterzeichnung der Grundakte. Mit anderen Worten, Putin versuchte Jelzins falsche Behauptung, die Grundakte verbiete es der NATO, Infrastruktur des früheren Warschauer Pakts ins Bündnis zu integrieren, nachträglich durchzusetzen. Dies ist nur einer der vielen historischen Konflikte (die im Haupttext ausführlich beleuchtet werden), die Putin zugunsten Russlands «neu auskämpfen» will. Er scheint während der Corona-Pandemie viel Zeit damit verbracht zu haben, über der Geschichte vor und nach 1989 zu grübeln und bei Archivaren Kopien von Dokumenten anzufordern, und nun will er korrigieren, was er als historisches Unrecht ansieht.

Die Ereignisse, von denen Putin besessen ist, sind keine undurchdringlichen Mysterien. Vielmehr sind zahlreiche und ausführliche Belege zu ihnen öffentlich zugänglich – viele wegen der Bemühungen um ihre Freigabe durch mich und andere Forscher –, und zahlreiche lebende Zeugen erinnern sich an sie. Wegen dieser Belege ist eine Analyse der Ereignisse auf ernsthafte, historische Weise möglich, statt Putins Versuch, diese Geschichte als Waffe einzusetzen, einfach hinzunehmen. In gewisser Weise ist dieses Buch eine Art Abrüstung. Wenn Putin ein Zerrbild der Geschichte

als Waffe benutzt, so ist die Widerlegung seiner Behauptungen eine begrenzte, aber mögliche Art, ihn zu entwaffnen. Anders gesagt, seit der Invasion hat dieses Buch Bedeutung als ernsthafte und präzise Darstellung jener Geschichte angenommen, die Putin zur Rechtfertigung unsäglicher Gewalttaten benutzt hat.

Neben einer detaillierten Erzählung der entscheidenden Ereignisse, die Putin jetzt so in Rage versetzen, enthält dieses Buch auch eine allgemeinere Argumentation über die NATO-Erweiterung und ihre Folgen. Es ist wichtig, hier klar zu sagen, dass das Buch und seine Autorin nicht gegen die Vergrößerung der atlantischen Allianz nach dem Kalten Krieg sind. Leser, die alle Fehlentwicklungen seit 1989 der NATO zuschreiben wollen, müssen anderswo suchen. Meiner Meinung nach hatten die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas nach dem Ende des Kalten Kriegs jedes Recht, den Beitritt zum Bündnis anzustreben, ebenso wie die NATO jedes Recht hatte, sie aufzunehmen. In der Schlussakte von Helsinki (und anderen Dokumenten) hatte Moskau zugestimmt, dass Länder ihre eigenen Sicherheitsallianzen wählen könnten.

Es gab aber ein Problem damit, *wie* die NATO-Erweiterung vor sich ging. Wie im Folgenden beschrieben, untergrub die Art, wie die Allianz neue Mitglieder aufnahm – nach vielen Debatten über alternative Formen der Vergrößerung –, unnötigerweise die Beziehungen zu Moskau in einem entscheidenden, wertvollen Moment der atomaren Abrüstung. Und die Art der Vergrößerung ließ auch die neuen Demokratien auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion im Stich, darunter die Ukraine.

Schlimmer noch, diese potenziellen Probleme waren, wie schon angedeutet, damals bekannt. Es lohnt sich, eine längere Passage aus den Berichten zu zitieren, in denen Thomas Pickering, damals US-Botschafter in Moskau, 1993 vor den Risiken einer NATO-Erweiterung des Alles oder Nichts warnte. Pickering schrieb, Washington müsse sich bewusst sein, dass «wir vor einer ›Beschleunigung der Geschichte‹ stehen, in der Amerika und seine Verbündeten schnelle Entscheidungen über die Entwicklung grundlegender europäischer Sicherheitsstrukturen treffen müssen.» Infolgedessen riet er «sowohl im Interesse der Allianz, als auch um die noch empfindliche

amerikanisch-russische Partnerschaft nicht zu gefährden», von «Entweder/oder-Fragen über die NATO-Mitgliedschaft» ab. Statt Ländern die Wahl zwischen der Sicherheitsgarantie nach Artikel 5 oder gar nichts zu geben, empfahl Pickering: «Wir sollten eine ‹fortschreitende Annäherung› an die Allianz für jene östlichen Staaten anstreben, die sowohl interessiert als auch fähig sind, daran teilzunehmen.»

Mit anderen Worten, statt einem Alles-oder-Nichts-Prozess der Vergrößerung sollte Washington eine Strategie der bedingten und variablen Vergrößerung anstreben, wie die neue Partnerschaft für den Frieden, die (unter anderem) von Mitgliedern der US-Vertretung bei der NATO und dem Pentagon vorgeschlagen worden war. Ein Ansatz der fortschreitenden Erweiterung würde die Sorgen von Mittel- und Osteuropäern aufnehmen und zugleich die Risiken für die neue Kooperation mit Moskau – vor allem bei der atomaren Abrüstung – so gering wie möglich halten. Das Resultat würde «den Grad der Sicherheit für alle erhöhen», also für die USA, das atlantische Bündnis und Europa als Ganzes.¹

Die Alternative, «eine Politik der Neo-Eindämmung, ... wird praktisch jede nützliche und produktive Maßnahme zurückwerfen und untergraben, die wir gegenüber Jelzins Russland entwickelt haben.» Jelzins Rolle «und die seines Außenministers beim Koordinieren unserer [gemeinsamen] außenpolitischen Ansätze wird als Verrat dargestellt werden, und das nicht ganz grundlos.» Westliche «Hilfe, Investitionen und Unterstützung demokratischer und wirtschaftlicher Reformen wird bestenfalls als eigennütziges Eindringen gesehen werden, schlimmstenfalls als Versuche, Russland auf unfaire Art zu behindern und zu lähmen.» Letzten Endes «könnten wir uns hier echten Ärger einhandeln.»²

Pickering kritisierte natürlich die US-Politik, aber es ist genauso klar, dass die Russen ihre eigenen Fehler während des entscheidenden Zeitfensters nach 1989 machten. Am tragischsten war vielleicht Jelzins Entschluss, wieder Blutvergießen als politisches Instrument zu benutzen, zuerst durch den Panzerangriff auf das russische Parlament 1993, dann durch die Autorisierung des brutalen Tschetschenien-Kriegs – eines traurigen Vorläufers des heutigen Kriegs in der Ukraine. Wegen dieser Entscheidungen und wegen der enormen Korruption, die die Einführung der Marktwirtschaft begleitete, scheiterte Jelzin daran, eine dauerhafte Demokratie in Russland zu schaffen. Die bedauerliche Kombination all

dieser Ereignisse, die im Buch detailliert beschrieben sind, beendete den Augenblick der Hoffnung auf die Zusammenarbeit der Supermächte nach dem Ende des Kalten Kriegs.

Zum Schluss einige persönliche Bemerkungen. Mein Dank für all die Personen und Institutionen, die in der Originalversion des Buches genannt sind, bleibt unvermindert bestehen. Ich habe auch bei der Vorbereitung der deutschen Fassung neue Dankeschulden hinzugefügt, und es ist eine Freude, sie hier abzutragen. Ich bin der American Academy in Berlin dafür dankbar, mich während dieser Arbeit als Fellow aufgenommen zu haben. Ana Ramic, Johana Gallup, Viktor Darnedde und vor allem Daniel Benjamin arbeiten jeden Tag intensiv daran, transatlantische Bindungen zu fördern, und ihre Arbeit ist in dieser Zeit des Konflikts wichtiger denn je.

Beim Verlag C.H.Beck danke ich Eva Detig, Dr. Anja Schoene und Dr. Sebastian Ullrich.

Schließlich bin ich meinem deutschen Übersetzer Martin Richter sehr dankbar, der nicht nur an der Entstehung dieses Buches mitgewirkt hat, sondern auch zu einer Familie gehört, der ich seit vielen Jahren verbunden bin. Als ich zuerst als Austauschstudentin ins damalige West-Berlin kam, kannte ich dort niemanden. Um die Zahl der Menschen, die ich kannte, von Null auf Zwei zu bringen, sprach ich eine junge Frau und einen jungen Mann an, die vor mir in der Schlange vor dem Universitätsbüro für ausländische Studenten warteten. Sie unterhielten sich fließend in amerikanischem Englisch, so dass ich annahm, auch sie seien gerade aus den Staaten gekommen.

Die Frau kam tatsächlich gerade von der Howard University in Washington, aber zu meiner Überraschung war ihr Gesprächspartner nicht nur Deutscher, sondern auch West-Berliner. Sie kannten sich von seinem Studienaufenthalt in Howard im Jahr zuvor. Dadurch sprach er so fließend Englisch, dass ich ihn für einen Amerikaner gehalten hatte.

Dieser junge Mann, Ernst-Georg Richter, hatte einen Bruder, Martin Richter, der ebenfalls sehr gut English sprach, allerdings mit britischem Akzent wegen seines Studienaufenthalts in England. Als wir uns anfreundeten, lernte ich auch ihre wundervollen Eltern kennen, Dagmar und Ernst

Richter, die einer jungen Amerikanerin, die sich in Berlin zurechtzufinden suchte, großzügig ihre Gastfreundschaft anboten. Ihr Leben war eng mit der Geschichte der Stadt verbunden, denn nach dem Mauerbau 1961 hatten sie rasch geheiratet, weil sie befürchteten, im Fall einer eskalierenden politischen Krise oder eines Krieges voneinander getrennt zu werden. Der Teilung der Stadt setzten sie die Verbindung von zwei Menschen entgegen.

Meine Freundschaft mit Familie Richter besteht bis heute. Im Lauf der Jahre ist Ernst-Georg Journalist, Reiseschriftsteller und Autor des Romans *Das Kongo-Komplott* geworden, und Martin hat als Übersetzer unter anderem Bücher von Historikern wie Paul Kennedy und Timothy Snyder ins Deutsche übertragen. Sobald klar war, dass C.H.Beck mein Buch herausbringen wollte, wünschte ich mir, Martin solle es übersetzen.

Unsere Arbeit an dieser Übersetzung hilft mir jetzt, eine Dankesschuld in einer Zeit der Trauer abzutragen. Ihr Grund ist nicht nur der andauernde Krieg, sondern auch persönlich. Im Jahr 2021 starben Dagmar und Ernst Richter, ohne dass ich sie im Pandemie-Jahr noch einmal sehen konnte. Als kleines Zeichen des Dankes für das, was sie auf ihre ganz persönliche Weise für die weltbürgerliche Erziehung ihrer Söhne und für unsere transatlantische Freundschaft taten, widme ich dieses Buch ihrem Andenken.

Einleitung: Einander ausschließende Optionen

«Es ist ... das besondere Merkmal einer tiefen Wahrheit, daß ihre Negation auch eine tiefe Wahrheit ist.»

Max Delbrück

Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Der Kampf um die Zukunft Europas nach dem Kalten Krieg trat mit diesen Worten in seine entscheidende Phase ein. Sie wurden im Februar 1990 von US-Außenminister James Baker gegenüber dem sowjetischen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow ausgesprochen. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 hatte inzwischen den Zugriff Moskaus auf Mitteleuropa sehr geschwächt. Dank des Sieges der UdSSR über das NS-Regime im Zweiten Weltkrieg waren auch Jahrzehnte später noch Hunderttausende sowjetischer Soldaten in Ostdeutschland stationiert, was durch das Viermächtestatut abgesichert war. Um Gorbatschow zu überzeugen, diese militärische und juristische Macht aufzugeben, schlug Baker einen hypothetischen Handel vor: Was wäre, wenn ihr euren Teil Deutschlands freigeben würdet, und wir zustimmen, dass die NATO «sich nicht einen Schritt weiter nach Osten von ihrer jetzigen Position verschiebt?»¹

Aus diesem Gedankenaustausch entstand fast sofort eine Kontroverse, zunächst hinter verschlossenen Türen, dann öffentlich. Wichtiger war aber das folgende Jahrzehnt, als diese Worte weitreichende neue Bedeutungen annahmen. Gorbatschow gab seinen Teil Deutschlands frei, doch unterwegs überdachte Washington seine Optionen neu, nicht zuletzt nach der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991. Die Vereinigten Staaten erkannten, dass sie nicht nur gewinnen, sondern entscheidend gewinnen könnten. Kein Fußbreit europäischer Erde brauchte für die NATO tabu zu sein. Washington konnte das Bündnis dabei anführen, einen Weg für zahlreiche neue Mitglieder zu öffnen, die unbedingt beitreten wollten. In den 1990er Jahren tat die NATO genau das, und es führte am 12. März 1999 zur

Erweiterung in Mittel- und Osteuropa bis an die polnisch-russische Grenze. Doch am 31. Dezember desselben Jahres kam in Moskau Wladimir Putin an die Macht. Während die NATO weiter wuchs, entschied er sich schließlich dafür, Gewalt anzuwenden, um sicherzustellen, dass kein weiterer Fußbreit Erde beitreten würde. Das Spiel des schrittweisen Vorrückens endete mit einem Patt.

Zwischen dem Fall der Mauer und dem Aufstieg Putins wurde die Animosität zwischen Moskau und Washington über die NATO-Erweiterung ein zentrales Element für die Entstehung einer politischen Ordnung nach dem Kalten Krieg, die der vorigen Ordnung recht ähnlich sah – und für das Scheitern der Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok. Um den Ablauf und die Gründe aufzuzeigen, untersucht dieses Buch den Konflikt zwischen Russland und den USA vor dem Hintergrund der sich ständig wandelnden politischen Landschaft der 1990er Jahre. Dieses Jahrzehnt erlebte den erstaunlichen Zusammenbruch eines Imperiums über Nacht, während zahlreiche neue Staaten in Eurasien entstanden; es brachte visionäre Staatsführer hervor, deren Weg manchmal vom Gefängnis in den Präsidentenpalast führte, und die Nobelpreise und weltweite Bewunderung gewannen. Es definierte die Grenzen des Möglichen für Demokratisierung, Abrüstung, Marktwirtschaft und die Grundsätze einer liberalen internationalen Ordnung neu, es öffnete aber auch die Tür für neue Formen des Autoritarismus, der Entdemokratisierung und ethnischen Säuberung.

Die widerspenstige Geschichte der Neunziger im Zusammenhang zu erzählen, ist schwierig, aber notwendig. Ohne einen narrativen Faden ist die Chance, die Liste von Akteuren, Konzepten und Schauplätzen zu überblicken, fast gleich null. Dieser Faden ist im vorliegenden Buch der Konflikt um die NATO-Erweiterung. Es erzählt nicht die Geschichte des Bündnisses, sondern der strategischen Entscheidungen, die amerikanische und russische Staatsführer während des ein Jahrzehnt dauernden Konflikts um den Beginn seiner Ausweitung auf Mittel- und Osteuropa trafen, und des angesammelten Gewichts dieser Entscheidungen für die Welt von heute. Das Buch konzentriert sich zunächst auf das Tauziehen 1989 über die Zukunft des wiedervereinigten Deutschlands, das für Washington rasch zu einem Kampf um die Erhaltung des atlantischen Bündnisses wurde. Dann wird das Blickfeld ausgeweitet, um zu analysieren, wie der Erfolg Amerikas

Chancen für die mutigen Führungsfiguren der neuen europäischen Demokratien schuf, aber auch Herausforderungen für das Verhältnis des Westens zu den ehemaligen Sowjetrepubliken – vor allem für die westlichen Anstrengungen, ihren nuklearen Kater zu kurieren, wie ein US-Verteidigungsminister es einmal nannte. In einer weiteren Ausweitung zeigt das Buch, wie die Durchführung der NATO-Erweiterung zu einem Verlust an Optionen für die transatlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert führte.

Durchgehend fragt das Buch, wie und warum die beiden US-Präsidenten George H. W. Bush und Bill Clinton – zusammen mit ihren europäischen Kollegen Tony Blair, Jacques Chirac, Václav Havel, Helmut Kohl, John Major, François Mitterrand, Gerhard Schröder, Margaret Thatcher, Lech Wałęsa sowie den baltischen Regierungschefs und den NATO-Generalsekretären Manfred Wörner und Javier Solana – die Erweiterung anstießen, die das Bündnis schließlich auf 30 Mitglieder brachte. Diese Leistung war für amerikanische Strategen ein großer Erfolg. Sie rettete viele (wenn auch nicht alle) der neuen Demokratien vor der Existenz in einer sicherheitspolitischen Grauzone zwischen Ost und West. Mit Washingtons Hilfe erreichten über 100 Millionen Mittel- und Osteuropäer den verdienten Erfolg ihrer Bemühungen um die NATO-Mitgliedschaft. Und während ihrer Erweiterung half die Allianz dabei, blutige Konflikte auf dem Balkan zu beenden.

Heute erstreckt sich die NATO vom nordamerikanischen Kontinent, Island und Grönland über Großbritannien, Europa und den Balkan, einen Raum mit fast einer Milliarde Menschen. Alle ihre Mitglieder besitzen die in Artikel 5 des Gründungsvertrags formulierte Garantie, «daß ein bewaffneter Angriff gegen eine[s] oder mehrere von ihnen ... als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird.»² Seit dem Erlangen dieser Garantie sind die neuen Mitglieder der Allianz tatsächlich von großen bewaffneten Angriffen verschont geblieben, während es Kämpfe über einige frühere innersowjetische Grenzen hinweg gab. Die militärische Macht und Abschreckungsfähigkeit Amerikas bleiben das Fundament der Stärke des Bündnisses.

Doch der Erfolg hatte einen Preis. Es ist keine Kleinigkeit, die Sicherheit von fast einer Milliarde Menschen zu garantieren. In den 1990er Jahren waren zwei amerikanische Präsidenten so darauf fixiert, Artikel 5 nach Osten auszuweiten, dass sie nicht genug über die Folgen nachdachten, falls sie dieses Ziel erreichten. Präsident Bush sagte zu der Idee, Washington

könne mit Moskau einen Kompromiss über die Zukunft der NATO schließen: «Zum Teufel damit.» Präsident Clinton war sich sicher, Russland lasse sich «kaufen».³ Eine vielversprechende alternative Form der Erweiterung in Form einer Partnerschaft, die eine neue Trennlinie quer durch Europa vermieden hätte, scheiterte am Widerstand der Hardliner. Diese härtere Haltung führte zu Resultaten, verdeckte aber Optionen, die vielleicht die Zusammenarbeit gestärkt, das Wiedererstarken des amerikanisch-russischen Konflikts weniger wahrscheinlich gemacht und auf lange Sicht Washingtons Interessen besser gedient hätten.

Anders gesagt: Die NATO-Erweiterung war eine gerechtfertigte Reaktion auf die Herausforderungen der 1990er Jahre und die Bitten der neuen mittel- und osteuropäischen Demokratien. Das Problem lag darin, *wie* sie ablief. Der Mauerfall 1989 hatte für kurze Zeit das Potenzial für eine neue kooperative Ordnung nach dem Kalten Krieg geschaffen. Ein Jahrzehnt später blieb die Grenze zwischen dem Europa der NATO-Mitglieder und dem der Nichtmitglieder aber eine klar abgegrenzte Frontlinie. Die Ukraine und andere postsowjetische Staaten stagnierten in einer Grauzone, die nukleare Konkurrenz lebte wieder auf, und frühe Hoffnungen auf Zusammenarbeit waren verblasst – und die Art, wie die Erweiterung zustande kam, hatte dazu beigetragen.

Vielleicht überrascht es nicht, dass das Resultat umstritten sein würde, denn während der ganzen 1990er Jahre hatten amerikanische Präsidenten mit einer Spannung zwischen zwei Prioritäten zu kämpfen. Sie konnten entweder Mittel- und Osteuropa einschließlich postsowjetischer Republiken wie der baltischen Staaten und der Ukraine die Möglichkeit geben, ihr Schicksal endlich selbst zu bestimmen, egal wie die Wirkung auf Moskau sein mochte, oder sie konnten die Zusammenarbeit mit der zerbrechlichen neuen Demokratie in Russland fördern, besonders im Interesse der nuklearen Abrüstung. Das Problem für Washington lag darin, herauszufinden, welches dieser Ziele Vorrang haben sollte. Die richtige Antwort war: beide.

Wie der Genetiker und Nobelpreisträger Max Delbrück schreibt: «Es ist ... das besondere Merkmal einer tiefen Wahrheit, daß ihre Negation auch eine tiefe Wahrheit ist.»⁴ Licht ist ein Partikel, Licht ist eine Welle. In geopolitische Begriffe übersetzt, beleuchtet diese Einsicht die Spannung zwischen zwei zwingenden Wahrheiten oder strategischen Imperativen, vor